

Nicaragua, Januar 2005

Bericht für die Mitgliederversammlung des Fördervereins StädtePartnerschaft Ulm-Jinotega am 20. Januar 2005

Im November 2003 erschien die fast 400 Seiten umfassende 2. Auflage eines regierungsseitigen Vorschlags für einen nationalen Entwicklungsplan, der alle sozialen, wirtschaftlichen, politischen Bereiche und die gesamte Infrastruktur Nicaraguas einer umfassenden und kritischen Bestandsaufnahme unterzogen und daraus die Projektion für eine längerfristige, systematische Entwicklung aller genannten Bereiche abgeleitet hat. Es gibt bis heute keine nennenswerten Anzeichen die den Schluss zulassen, dass auf irgendeinem Gebiet mit überzeugenden politischen Massnahmen ernsthafte Schritte zur Verwirklichung der ehrgeizigen und Hoffnung für das Land weckenden Zielen unternommen worden wären. Stellvertretend und exemplarisch für das Verharren des Landes in seiner abgrundtiefen Krise sollen hier nur einige hochaktuelle Zahlen aus dem Bereich des Bildungswesens, fundamental wichtig und Voraussetzung für jegliche Entwicklung, genannt werden. Danach haben von 100 Kindern nur 23 Zugang zur Vorschulerziehung, von 10 Jugendlichen in ländlichen Gebieten hat nur einer Zugang zur schulischen Sekundarstufe, in den städtischen Bereichen sind es sechs von zehn. Diese Situation führte im Schuljahr 2004 dazu, dass nach Angaben des Ministeriums für Erziehung, Kultur und Sport 830.000 Kinder ausserhalb der Schule blieben. Angesichts einer Gesamtbevölkerung von 5,2 Millionen Menschen eine dramatische, seit einigen Jahren eher zunehmende Zahl. Spätestens hier stellt sich erneut die Frage, warum hier wie auch auf fast allen anderen gesellschaftlichen Gebieten keine Veränderung der Verhältnisse stattfindet.

Bei der Nennung der entscheidenden Ursache muss man Bezug auf den Vorschlag für den nationalen Entwicklungsplan nehmen. Ein sehr umfangreiches, unbestritten wichtiges Thema, vielleicht das wichtigste dieser Planes beinhaltet die Reform und Neuordnung der staatlichen Gewalten, der Regierungsstruktur, Parlament und Justiz und staatlicher Institutionen wie Oberster Rechnungshof, Oberste Wahlbehörde, Finanzverwaltung, Neuordnung des Katasterwesens, um nur die wesentlichsten zu nennen. Die Reformen werden seit langem von der internationalen Gemeinschaft angemahnt und sind nach Meinung aller Beobachter und Kenner des Landes überhaupt erst die Basis, von der aus eine wirtschaftliche, soziale Gesundung des Landes unter demokratischen Bedingungen möglich ist. Doch was haben die drei politisch relevanten Kräfte des Landes in den letzten Monaten aus dem schon seit längerem begonnen Reformprozess gemacht. Präsident Bolaños ohne Rückhalt in seiner eigenen Partei PLC und praktisch machtlos, spielt keine Rolle im erneuten Machtpoker zwischen der FSLN unter ihrem unangefochtenen Führer Daniel Ortega und der trotz wegen Korruption zu 20 Jahren Haft und im Augenblick unter Hausarrest stehenden Ex-Präsidenten Arnoldo Alemán immer noch zugewanderten PLC. Beiden politischen Lagern geht es nicht um eine Reform der staatlichen Institutionen, sondern um den erneuten Versuch den notwendigen Reformprozess zur Festigung der eigenen Macht zu benutzen und die Institutionen unter sich aufzuteilen. Dieses politische Geschachere bindet alle Kräfte und lässt keinen Raum zur Überwindung der tiefen Krise in der Nicaragua seit Jahren steckt.

Der „Spiegel“ beschreibt in seiner jüngsten Ausgabe unter der Überschrift „Koalition der Korrupten“ die Lage zutreffend folgendermassen:

„ Zwei Jahre vor Ende seiner Amtszeit droht Präsident Enrique Bolaños die Entmachtung. Die sandinistische Opposition unter Führung von Daniel Ortega hat gemeinsam mit ihrem Erzfeind, der Liberalen Partei (PLC), Verfassungsänderungen beschlossen, die den Staatschef in seinen Kompetenzen beschneiden: Wenn die Reformen wie vorgesehen in Kraft treten, darf der Präsident zum Beispiel ohne Zustimmung des Kongresses keine Minister mehr ernennen. Bolaños ist politisch isoliert, nur 10 von 93 Abgeordneten unterstützen ihn. Sandinisten und Liberale kontrollieren neben dem Kongress auch den Obersten Gerichtshof, den Rechnungshof und die Generalstaatsanwaltschaft, sie schieben sich untereinander Posten und Ämter zu. Der starke Mann der Liberalen, Arnoldo Alemán, erhofft sich von den Sandinisten Unterstützung für eine geplante Amnestie. Er steht unter Hausarrest, nachdem er Ende 2003 wegen Korruption zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Alemán soll während seiner Amtszeit mindestens 10 Millionen US-Dollar aus der Staatskasse auf private Konten geleitet haben. Sein Nachfolger Bolaños hatte das Verfahren gegen ihn im Rahmen einer Anti-Korruptionskampagne vorangetrieben. Sandinistenchef Ortega wiederum verspricht sich vom Pakt mit Alemán Unterstützung für seine Präsidentschaftskandidatur im nächsten Jahr. Eine Amnestie käme ebenfalls den Sandinisten gelegen, weil auch gegen ihre Funktionäre wegen Korruption ermittelt wird.“

Soweit der „Spiegel“.

Dies war die Situation und die innenpolitische Wetterlage in der am 7. November des vergangenen Jahres die Kommunalwahlen in Nicaragua stattfanden. Die Wahlen in Nicaragua fanden auf der Grundlage geänderter Wahlgesetze statt, die unter der politischen Intelligenz des Landes erhebliche Kritik und Widerspruch ausgelöst hatte, weil sie die Absicht der beiden großen Parteien FSLN und PLC ein konkurrenzloses Zweiparteiensystem zu etablieren, durch bürokratische Regularien in diesem Gesetz außerordentlich begünstigte und demokratische Prozesse bei der Nominierung von Kandidaten behinderten.

Das Ergebnis der Kommunalwahlen bescherte der PLC, die bis zu den Wahlen in 94 der 152 Gemeinden des Landes dominierte, eine schwere Niederlage und der FSLN, die bislang in 52 Gemeinden geführt hatte, einen unerwartet deutlichen und hohen Wahlsieg. Die FSLN kann nach dem 7. November 2004 nun in 87 Gemeinden regieren, während die PLC in nur noch 57 Gemeinden die Mehrheit innehat, die Verhältnisse haben sich also fast genau umgekehrt. Der Sieg der FSLN gewinnt noch durch die Tatsache an Gewicht, dass sie 14 der 17 Provinzhauptstädte für sich gewinnen konnte und auch in den nächsten vier Jahren das überaus wichtige Amt des Bürgermeisters von Managua nach einem eindeutigen Wahlsieg weiterhin besetzen kann. Der Wahlsieg der FSLN wird noch deutlicher wenn man ihn in Relation zur Bevölkerungszahl setzt, dann sagen die Ergebnisse aus, dass nun etwas mehr als vier Millionen Bürger , das entspricht rund 71% der Gesamtbevölkerung, auf der lokalen Ebene von Politikern der FSLN regiert werden. Der Wahlsieg der FSLN hat zwei

wesentliche Gründe. Die PLC war durch eine massive Spaltung ihrer Partei stark geschwächt in den Wahlkampf gegangen. Unter dem Namen APRE, **Allianza para la Republica**, Bündnis für die Republik, waren die Anhänger von Präsident Bolaños mit den Anhängern der Konservativen Partei und anderen kleineren Gruppierungen ein Bündnis eingegangen und konnten zu Lasten der PLC 13% der Stimmen auf sich vereinigen, blieben aber mit diesem Ergebnis weit unter ihren Erwartungen. Ein weiterer Grund für den Sieg der FSLN sind die unter dem Namen Convergencia an vielen Orten gebildeten Wahlbündnisse mit anderen politischen Gruppierungen. Die Wahlbeteiligung war mit 52% verhältnismäßig niedrig, wobei man hier in Betracht ziehen muss, dass etwa eine Million Nicaraguaner im Ausland einer Arbeit nachgehen und nur eine geringe Zahl zu den Wahlen nach Hause gekommen war.

Wie gingen die Wahlen in unserer Partnerstadt Jinotega aus?

Auf das gesamte Departament bezogen haben sich hier die Stimmenverhältnisse im Vergleich zu 2000 für die FSLN kaum verändert. In den stadtfernen ländlichen Gebieten der Provinz Jinotega ist die FSLN noch immer, dies ist traditionell so, in deutlicher Minderheit. In der Stadt Jinotega selbst konnte die FSLN ohne dass ihr Stimmenzuwachs markant höher als 2000 gewesen wäre von der Spaltung der PLC profitieren und die Mehrheit mit 45,3% der Stimmen gewinnen, während die PLC auf 32,6% zurückfiel und die APRE 16% der Stimmen erzielte. Als neuer Bürgermeister wird in Jinotega während der nächsten vier Jahre Eugenio Lopez, ein 42 jähriger Rechtsanwalt und Cafetalero, amtieren. Die Ergebnisse dieser Wahlen werden für die nächsten vier Jahre unmittelbare Bedeutung und direkten Einfluss auf die Bevölkerung der 152 Gemeinden des Landes haben. Es mag widersprüchlich erscheinen, dass angesichts der mehr als fragwürdigen Politik der FSLN auf der nationalen Ebene die Partei in den Städten, Gemeinden und Landkreisen so erfolgreich war. Dies ist erneut ein deutlicher Beleg für die große Kluft, die sich über Jahre hinweg zwischen der Politik der obersten Führungsebene der FSLN und der Politik der sehr bevölkerungsnahen und in hohen Masse an den alten Zielen der FSLN orientierten lokalen Politikern der FSLN entwickelt hat, was sich in vielen Gemeinden in den letzten vier Jahren in der Verwirklichung sozialer Projekte niedergeschlagen hat. Dies ist von der Bevölkerung anerkannt worden.

Natürlich stärkt der Wahlerfolg der FSLN bei den Komunalwahlen die Position Daniel Ortigas und es bestehen kaum noch Zweifel, dass er nicht zuletzt hierauf seinen Anspruch begründen wird, im Jahre 2006 erneut als Präsidentschaftskandidat bei den nationalen Wahlen anzutreten. Viel mehr bleibt jedoch zu hoffen, dass sich durch eine gute Kommunalpolitik der Dezentralisierungsprozess und die in der Verfassung verankerte Gemeindeautonomie gestärkt werden und die noch zarte Pflanze der Beteiligung der Menschen an der lokalen Politik weiter wächst und die politische Kultur in Nicaragua von den Gemeinden ausgehend eine positive Veränderung erfährt.

18.Januar 2005,
Herbert Löhr für den Förderverein
StädtePartnerschaft Ulm-Jinotega